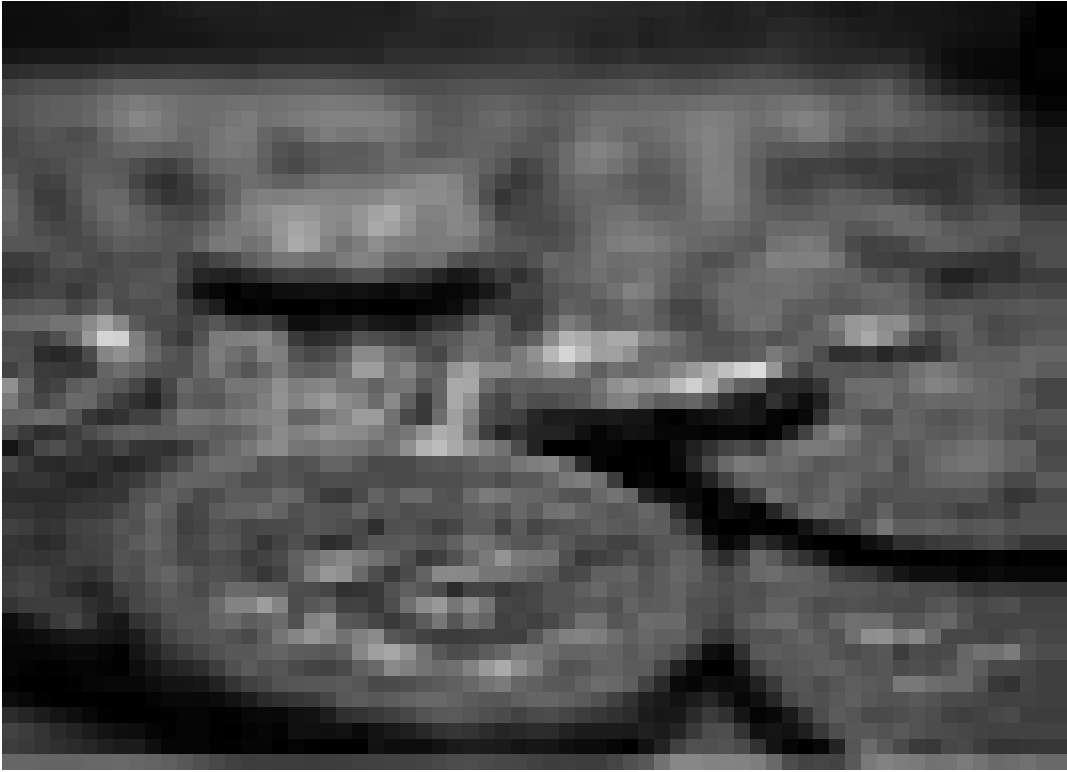


HAUSHALT 2007

Marathon Man



(Foto: Luk Bog)

Von der Spitze ins Mittelfeld - sind Luxemburgs Staatsfinanzen dem internationalen Kräfteressen nicht mehr gewachsen?

Lucien Thiel, ehemaliger Journalist und dann Funkt-ionär der Bankervereinigung ABBL, hat ein weiteres Treppchen seiner politischen Karriere beschritten: Er durfte den Bericht zum Staatshaushalt 2007 verfassen und dieser Tage in der Abgeordneten-kammer kommentieren. Ein wichtiger Job, denn wer nicht einmal Budgetberichterstatter gewesen ist, gilt in der Junckerpar-tei nicht viel. Ohne diesen Kotau vor dem allmächtigsten der Finanzminister Europas, braucht man sich keine Hoff-nung auf eine wichtige Rolle in der CSV zu machen. Thiel hat seine Aufgabe einigermaßen gut erledigt: Premier und Fi-nanzminister Juncker hat ihm jedenfalls von der Chambertri-büne herunter gratuliert und versichert, Thiel so etwas "in der Form nicht zugetraut" zu haben. In der Junckerschen Werteskala dürfte das einer Zwei Minus gleichkommen, denn Thiels Exposé hat selbst bei den erklärten Anhängern der derzeit angesagten Austeri-tätspolitik kaum Begeiste-rung hervorgerufen.

Um die Probleme, die dem Staatshaushalt 2007 anhaften, zu beschreiben, bemühte der Berichtserstatter das dramati-sche Finale beim Marathonlauf anlässlich der Athener Olym-piade 2004. Der führende Bra-silianer Vanderlei de Lima wur-de damals wenige Kilometer vor Schluss von einem Zu-schauer umgerissen und geriet dermaßen aus dem Tritt, dass er am Ende nur Dritter wurde. So sieht Thiel auch die luxemburgische Finanzlage: Der Musterschüler von einst musste nach den Börsenein-brüchen im Jahre 2001 seine führende Rolle an andere abgeben. Die Attacke auf die New Yorker Twin Towers habe un-serer Wirtschaft ein Bein ge-stellt und die habe seitdem nur langsam wieder Tritt ge-fasst. Trotzdem: Luxemburg liege gut im Rennen, "beneidens-wert gut" aus der Sicht unse-rer EU-Partner. Nur der erste Preis, der sei uns nicht mehr gewiss, jedenfalls nicht so lan-ge, wie das vor ein paar Jahren entstandene Budgetloch nicht gestopft werde.



An dieser Stelle bricht Thiel seinen Vergleich mit dem Ma-rathonläufer ab, denn, anders als beim einmaligen Lauf in Athen, besäße Luxemburg die Chance, noch einmal nach vor-ne zu stoßen.

Thiels einfache, aber ein-schneidende These lautet: Um ähnliche Probleme in Zukunft zu vermeiden, gilt es "kleine Opfer" zu bringen. Tun wir dies nicht, holen uns die "strukturellen Probleme" früher oder später ein - mit weitaus heftigeren Konsequen-zen. Wer die Opfer bringen muss, ist dem Budgetbericht-erstatter nach eingehender Analyse des Datenmaterials ebenfalls klar geworden: Die Ursachen der Budgetentglei-sung lägen hauptsächlich bei den zu hohen Ausgaben des Staates. Demnach hat es wenig Sinn, auf die Einnahmenseite zu schießen. Der internationale Steuerwettbewerb habe dazu geführt, dass die Steuerein-nahmen trotz guter Konjunk-tur nur unterdurchschnittlich wachsen. Thiel zeichnet nicht einmal ansatzweise eine Per-spektive auf, die es erlauben könnte, diesen Trend aufzufan-gen. Steuerdumping und vor allem die Möglichkeit interna-tionaler Konzerne, Gewinne dort zu versteuern, wo dies am günstigsten ist, finden zwar Thiels Bedauern, doch ein Ende will er dem "Steuer-poker" nicht setzen.

Ideen, wie sie etwa von den Grünen vor ein paar Wochen in die Debatte geworfen wur-den, greift der CSV-Finanzex-perte nicht auf. Etwa die For-derung nach einer Studie zum sogenannten "fiscal enginee-ring", also dem vorherrschenden Trend, Gewinne am Luxemburger Staat vorbeizu-leiten.

Kaputtmachende Visionen

In Sachen Steuerdumping sehen die Grünen den Finanz-minister, der gleichzeitig Vor-sitzender der Eurogruppe ist, in Zugzwang: Auf europäischer Ebene müsste eine Harmoni-sierung eingeleitet werden, um die schwerwiegenden negati-ven Folgen des Steuerwettbe-werbs einzudämmen. In seiner Budgetrede verwahrte sich Thiel allerdings dagegen, eine dementsprechende Forderung an Juncker zu stellen.

Zwar erwähnt der frühere Banken-Funktionär die Abhän-gigkeit der Luxemburger Wirt-schaft vom Finanzplatz, stellt aber auch fest, dass der Fi-nanzsektor nicht mehr so monolithisch dastehe wie noch vor 20 Jahren. Mit 34 Prozent Anteil am Bruttoinlandspro-dukt und 80 Prozent Anteil an der Körperschaftssteuer, also jener Steuer, die von den Be-trieben aufgebracht wird, kommt aber auch Thiel nicht umhin, einer wirtschaftlichen Diversifizierung das Wort zu reden. Allerdings macht er kei-nen Hehl daraus, dass der Ban-kensektor weiter wachsen soll.

Wer also glaubt, mit struktu-rellen Reformen meine der po-litische Mainstream in Luxem-burg ein Maßnahmenpaket, welches die Luxemburger Wirtschaft "fit a flott" machen soll, sieht sich enttäuscht. Ausgehend von Thiels Grund-these, vor allem die Ausgaben

unter die Lupe zu nehmen, be-schränken sich die Reform-maßnahmen auf ein Austeri-tätsprogramm, wie es klassi-scher nicht sein könnte. Die "kleinen Opfer" werden dabei vor allem den sozial Benach-teiligten abverlangt. Im Visier sind dabei vor allem die auto-matische Lohnanpassung und die Entwicklung der Renten.

Aber auch der Staat an sich kostet laut den Ausführungen des CSV-Berichterstatters zu-viel Geld. Wer das bedauert oder in Frage stellt, ist nach der Thielschen Logik be-schränkt oder gar feige, denn er versperrt sich der Tatsache, dass "nur das Geld verteilt werden könne, das vorher ver-dient wurde".

"Neoliberalismus pur", meint dazu der unabhängige Abgeordnete Aly Jaerling. In einer ersten Reaktion bewert-et er Thiels Intervention als "Loblied auf Wirtschaft und Kapital". Ganz klassenkämpfe-risch entdeckt der ehemalige ADR-Abgeordnete ein neues politisches Aktivitätsfeld: Es gelte, eine starke solidarische Linksbewegung aufzubauen. Ob ähnliche Töne auch von den verschiedenen Gewerk-schaftsvertretern im Par-lamentsplenum zu hören sein werden, gilt es abzuwarten. Immerhin lieferte der LCGB seinen Vertretern im Parla-ment eine Steilvorlage, als er die Aussagen des Berichter-statters als "kaputtmachen-de Visionen" bezeichnete und in Thiel statt dem visionären Querdenker eher den "Wolf im Schafspelz" ausmachte.

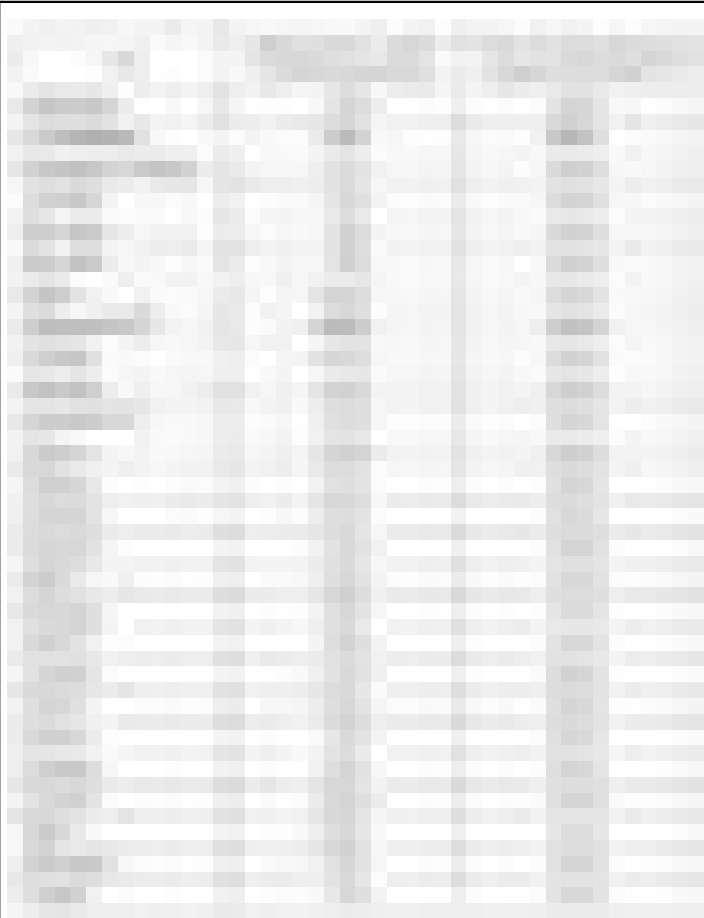
Um den unkontrollierbaren Automatismen entgegenzuwir-ken, bricht Thiel eine Lanze für die in Vergessenheit gerate-ne "norme budgétaire". Dieses ungeschriebene Gesetz sieht Ausgabensteigerungen vor, die nicht höher liegen können als das zu erwartende wirtschaft-liche Wachstum multipliziert mit der geschätzten Inflation. Dieses Prinzip hat tatsächlich dazu geführt, dass in der Ver-gangenheit die Ministerien zum Maßhalten angetrieben

wurden. Weil aber die Einnah-men mit dieser Methode jahre-lang unterschätzt wurden, ent-standen die hohen Überschüs-se, die die Regierung Anfang dieses Jahrzehnts zu einem hi-storisch wohl einmaligen Steu-ersenkungsgesetz bewegten. Die vermeintlichen Über-schüsse wurden unter an-derem durch ein Festhalten am "numerus clausus" er-reicht, der eine strikte Kontrol-le bei den Zuwächsen an Staatsbeamtenposten gewähr-leisten sollte. Mit fatalen struk-turellen Folgen, etwa im Erzie-hungswesen.

Ob Luxemburgs Staatswe-sen über die Jahre tatsächlich zu teuer zu werden drohte, wird von der Staatsbeamten-kammer in Frage gestellt. Sie hat sich die Mühe gemacht, zusammenzustellen, wie teuer die "öffentliche Funktion" im europäischen Vergleich denn nun tatsächlich ist (siehe Schaubild). Auch wenn diese Statistik keinerlei Auskunft über die Leistung einer Staats-verwaltung gibt, hält die Ver-tretung der Staatsbeamten fest, dass das karikaturisti-sche Bild des Staates als über-teurer Wasserkopf auf Luxem-burg nicht zutrifft.

Der Budgetberichterstatter beklagt zwar die Schulsituati-on in Luxemburg und sieht auch aufgrund der Tatsache, dass viele Jugendliche keinen Arbeitsplatz finden, Hand-lungsbedarf. Doch seine Lö-sungsvorschläge erinnern stark an den Marathon-Läufer, der ab Kilometer 35 nicht mehr weiß, weshalb er sich diese Strapazen antut, son-dern einfach nur noch gedan-kenlos weiterstolpert. Für Thiel bedeutet dies weitere Steuersenkungen in den näch-sten Jahren und weitere Ein-sparungen bei den Ausgaben - die 400 Millionen, die dieses Jahr bei der Tripartite zusam-menkamen, waren wohl erst der Anfang.

Richard Graf



Vergleich der Personalkosten der öffentlichen Funktion, gemessen an den Gesamthaushalten. (Quelle: Avis de la Chambre des Fonctionnaires et Employés publics, Projet de loi 5600 - Budget des recettes et des dépenses de l'Etat pour l'exercice 2007)